

**Übersicht KW-Stellenanträge für 2022**

Id. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereich	
87	KW-Verlängerung	OB	Umweltamt	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	68/3 Naturschutz Oko-Trupp 2 2 (-) 68035 + 68036 31.12.2022 31.12.2024 31.12.2023 EG 5 103300 103300 0 (-)	- Vollzug der Biotop- und Landschaftspflege in sensiblen Bereichen (z.B. Mahd, Entbuschung von städtischen Flächen im Naturschutzgebiet, etc.) - Umsetzung der Biodiversitätsstrategie (Erhalt von Lebensräumen, Entfernung von Biberdämmen, Schutz erhaltenswerter Bäume an Gewässern gegen Biberverbiss, Bekämpfung invasiver Arten, Zäunung von Orchideen auf Beweidungsflächen) - Mitwirkung beim Jährlichen Biotopradwanderweg (Aufbau, Streckenkartzeichnung, etc.)	- Aufgaben sind vorrangig von den Naturschutzbehörden durchzuführen, da sie zum Teil hoheitliches Handeln erfordern -> die hoheitlichen Befugnisse können nicht auf den LPV übertragen werden (Art. 5 Abs. 3 BayNatSchG) - bei Gefahr in Verzug muss die untere Naturschutzbehörde unmittelbar auf Personal zurückgreifen -> eine Beauftragung des LPV oder eines externen Dritten würde in diesen Fällen zu lange dauern, um Schäden von fremdem Eigentum abzuwenden. - Pflege bei städtischen Ausgleichsflächen = Zuständigkeit untere Naturschutzbehörde -> LPV kann sich grundsätzlich an entsprechenden Ausschreibungen beteiligen, um einzelne Maßnahmen zu übernehmen - LPV wurde erst am 15.12.2021 gegründet -> derzeit ist noch nicht abzusehen, in welchem Umfang er bei der Vorbereitung, Betreuung und Ausführung einzelner Maßnahmen aus dem Bereich der Landschafts- und Biotoppflegen mitwirken kann -> selbst dann bleiben immer noch Aufgaben, die nur das Umweltamt als untere Naturschutzbehörde wahrnehmen kann  - 300 städtische Ausgleichsflächen + gesetzliche geschützte Biotope (seit 2003: 813)	- Verschlechterung des Zustands gesetzlich geschützter Flächen - Verschlechterung des Erhaltungszustandes geschützter Arten, Säu- und Personenschäden -> mögliche Haftungen nach §§ 823 ff. BGB nicht ausgeschlossen - Verzögerungen bei dringenden Arbeiten durch Vergabevorschritten an Externe - erhöhter Verwaltungsaufwand	<b>Verlängerung KW-Vermerk bis 31.12.2023:</b> Landschaftspflegeverband befindet sich noch im Aufbau, Klärung ob und ggf. welche Aufgaben übertragen werden können daher noch nicht erfolgt. Gleichzeitig Prüfung, ob eine Ansetzung des Oko-Trupps im Gartenamt sinnvoller wäre.	Sicherheit und Ordnung
88	KW-Verlängerung	II	Kämmerei	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	Amtsleitung Projektkassistentin 1 1 (-) 20043 31.12.2022 unbefristet 31.12.2023 A 10 72650 72650 0 (-)	Projektarbeiten	*Verstetigung der Aufgaben: Stellenschaffung zur Unterstützung der Amtsleitung bei großen Projekten und Übernahme eigener (Teil-) Projekte. Große Projekte ziehen sich noch über längere Zeit hin. Es kommen laufend neue Projekte und Anträge dazu z.B. Konzeption zentraler Amazon Business Kontos für Stadt Ingolstadt, Einführung bzw. Ausbau DMS in Kämmerei, Koordination Organisationsuche. Die Amtsleitung ist auf Assistenz angewiesen bei: Erstellung Präsentationsunterlagen und Vor- und Nachbereitung von Besprechungen und Sitzungen.  sonstige Gründe: Urlaubs-Krankheitsvertretung des Geschäftszimmers wurde bisher von einer Kollegin in der Grundsteuer übernommen. Aus organisatorischen Gründen soll dies jedoch zukünftig die Assistenzstelle übernehmen.	*Konzessionsvergabeverfahren können nicht mehr betreut/bearbeitet werden. Zentrale Projekte, welche die ganze Stadtverwaltung betreffen, werden nicht bearbeitet/abgeschlossen. Aufgrund fehlender Recherchearbeiten können Stadtratsanträge nicht vorliegen. Ggf. erforderliche Streichung des KW-Vermerks für Stellenplan 2024 nochmals beantragen.	Zunächst Verlängerung des KW-Vermerks um 1 Jahr da Ergebnisse der Personalbemessung noch nicht vorliegen. Ggf. erforderliche Streichung des KW-Vermerks für Stellenplan 2024 nochmals beantragen.	Wechsellern
89	KW-Verlängerung	II	Kämmerei	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	20/3 Stadt als Steuerschuldnerin Umsatzsteuer Sachbearbeitung 0,5 0,5 (-) 20050 31.12.2022 unbefristet 31.12.2023 EG 9a 33375 33375 0 (-)	Mitarbeit bei der Erstellung der quartalsweisen Umsatzsteueranmeldungen Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Vertragspartnern Jahresabschluss Ertragsteuern Umsatzsteuerjahresklärung Ansprechpartner für Ämter bei BGAs Kontroll- und Überwachungsfunktion Prävention	1,0 VZÄ jedoch zwingend erforderlich, um Steuerklärungen fristgerecht einreichen zu können.	Wahrnehmung der uestlichen Pflichten nicht gesichert. Überlastung und ggf. Ausfall der vertretenden Kolleginnen.	Zunächst Verlängerung des KW-Vermerks um 1 Jahr da Ergebnisse der Personalbemessung noch nicht vorliegen. Ggf. erforderliche Streichung des KW-Vermerks für Stellenplan 2024 nochmals beantragen.	Sonstige
90	KW-Verlängerung	III	Standes- und Bestattungsamt	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	34/1 Standesamtswesen Standesbeamter/-in, SB im Bestattungsamt 1 1 (-) 34048 31.12.2022 unbefristet 31.12.2025 A 11 79700 79700 3000 Ansprüche aus Schadensersatz (Schlechtleistung von Bestattern), Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf Grundlage des Orts- und Bestattungsrechts	- Standesamtswesen 85%: - Namensänderungsangelegenheiten - Feststellung der Gültigkeit von im Ausland erfolgten Eheschließungen - Eheschließungsangelegenheiten und Begründung Lebenspartnerschaft - Geburts- und Sterbefallangelegenheiten  - Bestattungswesen 15%: - Durchführung internen Leistungsmanagements - Haushaltsplanung- und aufstellung - Beschaffung von bestattungsspezifischem Fachbedarf - Durchführung von Verabgabeverfahren für Beerdigungstätigkeiten - Erstellen und Fortschreiben der Friedhofsbedarfsplanung	-Entwicklung Fallzahlen seit Stellenschaffung: Sterbefälle: 2019: 1918; 2020: 2078; 2021: 1955 Geburten: 2019: 2938; 2020: 2897; 2021: 3096 Eheschließungen: 2019: 601; 2020: 547; 2021: 529 Prognose: weiterhin hohe Fallzahlen aufgrund Bevölkerungswachstums hohe Zahl an Fällen mit Auslandsbeteiligung und/oder unsicheren oder keinen Dokumenten  -Verstetigung der Aufgaben: -gesetzlichen Pflichtaufgaben liegen dauerhaft aufgrund ständigen Nachschubs an Personenstandsfällen vor; neue Themen: mißbräuchliche Vaterschaftsanerkennung, Minderjährige -Koordinationsaufgaben zum Einbau von Fundamenten -Raumprogramm ist zu entwerfen aufgrund Bau einer Aussegnungshalle in Friedrichshofen gemäß Beschluss Stadtrat 2020 -Einführung neuer Grabarten und Grababteilungen -Umgestaltung von Aufgaben durch Organisationsuntersuchung -Umsatzsteuer, Vergabe von Leistungen an Private und Dienststellen	-Angebot an Trauungsterminen- und Örtlichkeiten müsste weiter eingeschränkt werden -Wartzeiten der BürgerInnen verlängern sich -Richtmässigkeit der Aufgabenerfüllung und Steuerung der städtischen Friedhöfe kann nicht sichergestellt werden -Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes zur Auflösung von Gräbern von Amts wegen können nicht umgesetzt werden -Prüfung von BZA-Anträgen verzögert sich um mehrere Monate -Umsetzung der Vorgaben des BKPV Berichts 2021 verzögert sich drastisch -Digitalisierung im Bestattungsbereich kann nicht weiterentwickelt werden -Bau der Aussegnungshalle in Friedrichshofen verzögert sich -positive Außenarbeit des Amtes und Stadt leidet	Stelle wird bis zur Erstellung und Umsetzung eines Personalbedarfskonzepts auf Grundlage des Prüfergebnisses des BKPV weiterhin benötigt. Verlängerung KW-Vermerk um 3 Jahre bis 31.12.2025 empfohlen	Wechsellern
91	KW-Verlängerung	III	Standes- und Bestattungsamt	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	34/2 Bestattungswesen Friedhofschaffner 1 1 (-) 34049 31.12.2022 unbefristet 31.12.2025 EG 5 51500 51500 0 (-)	-im Trauerzug: den Sarg oder Urnen zum Grabe begleiten -Einbau der Grabschalen nach Vorgabe Berufsgenossenschaft -Grab schließen und mit Blumenschmuck ausschmücken -Bedienen von Spezialgeräten (Grabagger) -Sarg oder Urne in Aussegnungshalle bringen -Umsetzung des Dienstplans auf allen Friedhöfen -Vorbereiten der Materialien zum Öffnen von Erd- und Urnengräbern -Kontrolle der Maschinen und Geräte -Ausstatten Grabstätte mit Grabutensilien -Exhumieren von Leichen Durchführen Grabsteinkontrolle auf allen städtischen Friedhöfen	-sonstige Gründe: Krankheitsstatistik im Friedhofsbereich: weiterhin durchschnittlich 270 Fehltag  Fallzahlen Bestattungen: weiterhin gleichbleibende Anzahl an Bestattungen	-Überlastung der Friedhofschaffner führt zu weiteren Krankheitsausfällen und mittelfristiger Zunahme; Anstieg Überstunden; Aufschieben von Urlaub  -Beschwerden der Bürger; Rückgang Zufriedenheit -Stadt wird Pflichtaufgabe nicht mehr erfüllen können-> Ansehensverlust und Haftungsansprüche -Verwaltung der Friedhöfe können nicht besetzt werden; Bürger keinen Ansprechpartner	Stelle wird zur Kompensation von Fehlzeiten weiterhin benötigt. Verlängerung KW-Vermerk um 3 Jahre bis 31.12.2025 empfohlen	Sonstige
94	KW-Verlängerung	III	Amt für Ausländerwesen und Migration	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZÄ) Nummer der Planstelle aktueller KW-Vermerk KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit Kosten (Antrag) in € Kosten (Orga) in € Einnahmen lt. Antrag Art der Einnahme	38/2 Aufenthaltsüberwachung Asylsachbearbeitung 1 1 (-) 38227 31.12.2022 unbefristet 31.12.2023 A 10 72650 72650 0 (-)	Aufenthaltsbeendende Maßnahmen -Durchsetzung der Ausreisepflicht -Ablehnungsbescheide -Identitätsklärung, Passbeschaffung, Beschaffung von Passersatzpapieren und Rückführung der vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerber -Verpflichtungsbescheid mit Anordnung der zwangweisen Durchsetzung durch die Polizei erstellen -Stellung von Haftanträgen mit detaillierter Begründung beim Amtsgericht -Eintragung der Zustimmung der Staatsanwaltschaft zur Abschiebung während des laufenden Strafverfahrens	-Entwicklung Fallzahlen seit Stellenschaffung: -Fallzahlen ausreisepflichtige Asylbewerber: 2018: 588; 2019: 468; 2020: 387; 01.01.2021: 335; derzeit: 140 -aufgrund Personalmangel entsteht in allen Bereichen Bearbeitungsrückstände -gesetzlichen Neu- und Bleiberechtsregelungen: bei ausreisepflichtigen Asylbewerbern müssen verstärkt aufwändige Ausweisungs- und Ablehnungsbescheide erlassen werden -> inwiefern weniger Arbeit oder Mehrarbeit: noch nicht abschätzbar  -sonstige Gründe Bearbeitungsrückstände aufgrund Personalmangel im SG 38/2	Aufenthaltsbeendigung von ausreisepflichtigen Ausländern kann nicht oder nur mit erheblichem zeitlichen Verzug durchgeführt werden		Asyl

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
95	KW-Verlängerung	IV	Kulturamt	Sachgebiet 41/3 - Feste, Märkte und Gastspiele Funktion Sachbearbeiter Wochenmarkt + Viktualienmarkt Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 41224 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG 9b Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Planung, Vorbereitung und Durchführung von Wochenmärkten (60%) - Weiterentwicklung, Betreuung und Bespielung des Viktualienmarktes (40%)	- <b>Vertiefung der Aufgaben:</b> Die Verantwortung für den Wochenmarkt wechselt zum 01.01.2022 vom Ordnungs- und Gewerbeamten zum Kulturamt. Der Wochenmarkt existiert grundsätzlich seit sehr langer Zeit und soll dies auch zukünftig.	- Der Wochenmarkt kann nicht koordiniert und geplant werden. - Eine regelmäßige Durchführung (mittwochs, freitags und samstags) kann nicht sichergestellt werden. - Eine ordentliche Koordination und Bespielung und damit eine Attraktivierung des Viktualienmarktes sind nicht möglich.	Verlängerung bis 31.12.2024: Aufgabenübergang ist am 01.01.2022 erfolgt. Die Stelle befindet sich derzeit im Aufbau. Situation soll beobachtet werden, ob Stelle in diesem Umfang und auf Dauer benötigt wird.	Kultur und Bildung
96	KW-Verlängerung	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 städtische Kindertageseinrichtungen Funktion Pädagogischer Qualitätsbegleitung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) 54020 Nummer der Planstelle 54020 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2023 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2023 Wertigkeit S 15 Kosten (Antrag) in € 73250 Kosten (Orga) in € 73250 Einnahmen lt. Antrag 65000 Art der Einnahme Förderung (Höchstbetrag)	Systematische Beratung und kontinuierliche Begleitung der Kindertageseinrichtungen bei der Qualitätssicherung und -weiterentwicklung mit Fokus auf den Bereich der Interaktion zum Wohle des Kindes und seiner Familie, Stärkung der Kitas in ihrer professionellen Lern- und Weiterentwicklungsfähigkeit, Etablierung von Qualitätsnetzwerken auf lokaler, regionaler und Landesebene unter Einbeziehung bestehender Netzwerke	derzeit ist noch nicht klar, ob die Richtlinie des Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales vom 01.04.2020 zur Förderung des Einsatzes von Pädagogischen Qualitätsbegleiter*innen (PQB) in Kindertageseinrichtungen wieder um ein Jahr verlängert wird oder ob das Programm verstetigt wird. Daher wird zunächst die Verlängerung um ein Jahr beantragt	Qualitätsbenüßen, nicht wettbewerbsfähig zu anderen Kommunen mit PQB. Gefahr der Rückständigkeit, Unmut und Unverständnis seitens der Einrichtungen, des Personals, des Gesamtelternrates und Eltern	Kinder und Jugend	
97	KW-Verlängerung	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 städtische Kindertageseinrichtungen Funktion Fachkraft für Sprach-Kitas Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) 54029 Nummer der Planstelle 54029 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2023 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2023 Wertigkeit S 8b Kosten (Antrag) in € 32825 Kosten (Orga) in € 32825 Einnahmen lt. Antrag 25000 Art der Einnahme Förderung über Bundesprogramm "Sprach Kitas"	Alltagsintegrierte sprachliche Bildung weiterentwickeln, Zusammenarbeit mit Familien in Hinblick auf sprachliche Bildung verbessern, Digitalisierung im Hinblick auf sprachliche Entwicklung fördern	aktuell ist noch unklar ob das Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" verlängert wird. Falls das Bundesprogramm nicht verlängert wird, beantragt das Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung die Fortführung der Sprach-Kitas in städtischer Trägerschaft und die Verlängerung der Planstelle	Schwierige Integration von Familien und Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund, Qualitätsverlust im Vergleich zu den Freien Trägern, die mit sieben Kindertageseinrichtungen an dem Bundesprogramm teilnehmen, nicht zufriedenstellend, wenn keine städtische Einrichtung Initiative zeigt	Kinder und Jugend	
98	KW-Verlängerung	V	Gesundheitsamt	Sachgebiet 31/1 - Gesundheitswesen Funktion Sachbearbeiter/in Asyl Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 31062 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG 8 Kosten (Antrag) in € 57250 Kosten (Orga) in € 57250 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Asylsprechstunde, gesundheitl. Betreuung und Beratung von Asylbewerbern in dezentralen Unterkünften und zentralen Gemeinschaftsunterkünften; Einleitung von Maßnahmen vor Ort in akuten Bedarfssituationen zur Vermeidung der Verbreitung von Infektionskrankheiten und Schädlingen, Information über Behandlungsmöglichkeiten, Medikation sowie Hygiene- u. Schutzmaßnahmen, Veranlassung von Behandlungen; Durchführung von Corona-PCR-Tests und auch Reihentestungen in Zusammenarbeit mit Team Corona sowie Isolation Betroffener und Terminierung Folgetestungen; Überwachung Medikamenteneinnahme, Organisation v. ambulanter oder stationärer ärztlicher Versorgung, Durchführung Versorgung kleinerer Verletzungen, Assistenz u. Organisation Kinderimpfprechstunden	Entstehung von zusätzlichen Aufgaben durch die Flüchtlingswelle in 2015 und die damit erforderliche Unterbringung von Asylbewerbern in zentralen u. dezentralen Unterkünften. Insbesondere in zentralen Gemeinschaftsunterkünften besteht eine permanentes Infektionsrisiko (auch Covid-19) . Zur Minimierung der Ansteckungs- u. Ausbreitungsgefahr muss präventiv durch Aufklärung vorgebeugt werden. Im Falle einer Erkrankung müssen geeignete Maßnahmen eingeleitet werden. In Zusammenarbeit mit Ärzten wird die gesundheitliche Betreuung und Beratung von Asylbewerbern übernommen. Veränderungen im Klientel der Flüchtlinge sowie eine Abnahme der Compliance erhöhen den Zeitaufwand.	Ausbreitung von Infektionskrankheiten, Infektionsgefahr für Bevölkerung, Verletzung Pflichten	Verlängerung KW-Vermerk um zwei Jahre bis 31.12.2024, Fallzahlen weiter beobachten	Asyl
99	KW-Verlängerung	V	Gesundheitsamt	Sachgebiet 31/1 - Gesundheitswesen Funktion Sachbearbeiter/in Tuberkulose Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 31063 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG 8 Kosten (Antrag) in € 28625 Kosten (Orga) in € 28625 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Mitarbeit Tuberkulosefursorge, Betreuung Indexpatienten, Organisation von Umgebungsuntersuchungen, Ermittlung von Kontaktpersonen und Aufklärungsgespräche, Blutentnahmen, Assistenz bei Reheruntersuchungen/-testungen, Vermittlung von Facharztterminen, Beratung zur Einnahme der Medikation, Überwachung der Medikamenteneinnahme und Einhaltung der Fristen von Nachuntersuchungen	Tuberkulose ist hochansteckende Infektionskrankheit, bei deren Auftreten eine hohe Anzahl an Umgebungsuntersuchungen erforderlich ist v. a. in sozialen Randgruppen was einen hohen Überwachungsaufwand bedeutet. Drastische Zunahme der TB-Verdachtsfälle und -erkrankungen in den letzten Jahren durch Zuwanderung der Asylbewerber. Immenser Arbeitsaufwand bei Ermittlung der Kontaktpersonen, insbesondere bei in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Asylbewerbern ist der Personenkreis oft sehr groß. Erschwerend kommen Sprachbarrieren und Verlegungen der Kontaktpersonen hinzu. Durch Ansiedlung des Bayer. Landesamt für Asyl und Rückführung ist auch weiterhin von einer hohen Belegung des Ankerzentrums auszugehen.	Ausbreitung Tuberkulose; Infektionsgefahr für Bevölkerung; Verletzung Pflichten	Verlängerung KW-Vermerk um zwei Jahre bis 31.12.2024, Rückgang der TB Fälle in 2021, jedoch Auswirkung der Kontaktbeschränkungen auf Fallzahlen sehr wahrscheinlich.	Asyl
100	KW-Verlängerung	V	Bürgerhaus	Sachgebiet 45 Bürgerhaus Funktion Projektkoordinatorin Zusammenhalt fördern - Integration stärken Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) 45012 Nummer der Planstelle 45013 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2023 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2023 Wertigkeit S 11b Kosten (Antrag) in € 26752 Kosten (Orga) in € 26752 Einnahmen lt. Antrag 25000 Art der Einnahme Projekt-förderung	Projekt "Zusammenhalt fördern, Integration stärken"	Weiterführung des Projekts - Verlängerungszusage SMAS für ein Jahr, Anerkannter Asylbewerberinnen oder mit guten Aussichten auf Anerkennung soll durch die verschiedensten Projekte das Erleben und Leben in Ingolstadt erleichtert werden: Melcalé, Making Heimat - Gespräche über Lebenswege und Zusammenleben, Antidiskriminierung - Antirassismus, Wiederannahme Mediävorfahren, Gesprächskreise	Wegfall der laufenden Integrationsmaßnahmen, die in Kooperation mit dem Sachgebiet Asyl durchgeführt werden. Fördergelder könnten nicht abgeschöpft werden.	Soziales, Pflege und Senioren	

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
101	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/2 Senioren- u. Behinderten-angelegenh., Wohnungswesen, allgemeine soziale Leistungen Funktion Systemverwalter/in, TUI-Ansprechpartner, Sachbearbeiter/in Kostenerstattungen u. Abrechnungen Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50044 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2026 Wertigkeit A11 Kosten (Antrag) in € 37850 Kosten (Orga) in € 37850 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Systemverwalter OPEN-Prozess, Sachbearbeiter Kostenerstattung und Abrechnung (Asyl), TUI - Ansprechpartner, stellvertretender Projektleiter für alle EDV-Projekte	Streichung KW-Vermerk: Stellenschaffung (Aufstockung der Stelle von 0.5 auf 1.0 VZA) erfolgte per 01.10.2018, aufgrund erhöhtem Aufkommen von Asyl-Abrechnungen; es erfolgte die Befristung für diesen Anteil von 0.5 VZA aufgrund Thema Asyl (Asyl-Abrechnungen mit der Regierung OB.) Der Stelleninhaber ist daneben in hauptamtlicher Zuständigkeit verantwortlich für die Systemverwaltung der Sozialhilfssoftware, die Sicherstellung der Auszahlungen der Grundsicherungsleistungen und der Hilfe zum Lebensunterhalt über die Fachverfahren; der Aufgabenanteil der reinen Abrechnungen Asyl beträgt inzwischen nur noch einen Anteil von ca. 25% und hat sich nach Begründung vom Amt verestigt (i.S. dauerhafte Aufgabe).	Sicherung der Systemverwaltung und des Auszahlungsverkehrs nicht mehr gegeben;	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2026 Grund der Befristung ist nicht weggefallen; KW-Verlängerung 0.5 zur weiteren Beobachtung der Entwicklung im Bereich Asyl (Asyl-Abrechnungen)	Asyl
102	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion SB Asylberwerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50097 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in Asylberwerleistungsgesetz;	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZA) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
103	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion SB Asylberwerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50098 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 66750 Kosten (Orga) in € 66750 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in Asylberwerleistungsgesetz;	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZA) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
104	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion SB Asylberwerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50113 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in Asylberwerleistungsgesetz;	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZA) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
105	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion SB Asylberwerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50114 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 66750 Kosten (Orga) in € 66750 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in Asylberwerleistungsgesetz;	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZA) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
106	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion SB Asylberwerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) Nummer der Planstelle 50116 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in Asylberwerleistungsgesetz; Zuständigkeit für die dezentral von der Stadt untergebrachten Asylbewerber und die mit privater Wohnsitznahme; Durchführung der Gebührenberechnung Asyl für staatl. Unterkünfte; Unterhaltsüberprüfung	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZA) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
107	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion SB Asylbewerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50117 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiterin Asylbewerberleistungsgesetz; Zuständigkeit für die dezentral von der Stadt untergebrachten Asylbewerber und die mit privater Wohnsitznahme; Durchführung der Gebührenberechnung Asyl für staatl. Unterkünfte; Unterhaltsüberprüfung	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZÄ) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
108	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion SB Asylbewerber-Leistungsgesetz Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50122 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E09a Kosten (Antrag) in € 66750 Kosten (Orga) in € 66750 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiterin Asylbewerberleistungsgesetz; Zuständigkeit für die dezentral von der Stadt untergebrachten Asylbewerber und die mit privater Wohnsitznahme; Durchführung der Gebührenberechnung Asyl für staatl. Unterkünfte; Unterhaltsüberprüfung	1. Entwicklung der Fallzahlen 2021 bestätigen den Bedarf von 6,5 Stellen in der Sachbearbeitung ; die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr (2020) leicht angestiegen; (2021: durchschnittl. 1140 Leistungsfälle/175, ergibt einen Bedarf von 6,5 VZÄ) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und damit die Unterbringung von Asylbewerbern in IN noch mindestens bis Mitte 2026.	keine Bearbeitung bzw. Auszahlung der Fälle	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
109	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Flüchtlingsberatung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50095 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2026 Wertigkeit S12 Kosten (Antrag) in € 71300 Kosten (Orga) in € 71300 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Flüchtlings-Sozialberatung; Beratung und Betreuung geflüchteter Asylbewerber und Fehlleger der städtischen Asyl-Unterkünfte Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50095 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2026 Wertigkeit S12 Kosten (Antrag) in € 71300 Kosten (Orga) in € 71300 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Verlängerung des KW-Vermerks entsprechend der Laufzeit der Mietverträge (bis Mitte 2026) und der entspr. Unterbringung der Asylbewerber/innen in Ingolstadt. Aufgabe ist weiterhin erforderlich;	kein kommunales Integrationsmanagement möglich; durch fehlende gezielte (Sozial-)Beratung und Hilfestellung bei Antragsstellungen kommt es zu individuellen Folgeproblemen und schließlich zu höheren Kosten, weiteren Problemen und Konflikten in den Unterkünften und ferner ergäbe sich ein längerer Bezug von Unterstützungsleistungen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
112	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Verwaltung dezentrale Asylunterkünfte Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50092 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E010 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Unterkünfteverwaltung; Koordinierung und Überwachung von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger-Unterkünften; zuständig für Familiennachzug sowie Unterbringung von kurzfristig unterzubringenden und unerwarteten Personen; Koordination von Reparaturen, Schadensmeldungen, Reinigung und Einhaltung von Brandschutzverordnungen.	1. Entwicklung der Fallzahlen: neben den 22 Asylunterkünften für die ROB werden 8 Unterkünfte für die Stadt verwaltet und betreut (Fehllegerunterkünfte), sowie Zuständigkeit für den Familiennachzug (kurzfristig und unerwartet 3-7 Personen unterzubringen); 2015: 20 Adressen mit 45 Wohnungen, 2021: 30 Adressen mit 60 Wohnungen, 2022: 25 Adressen mit 55 Wohnungen 2. Sonstige Gründe: zwingende Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung zum Betrieb von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger;	Haftungsschäden gegenüber dem Vermieter, Schäden an Gebäuden Gefahren durch Nichtbeachtung des Brandschutzes; ferner keine Be- und Verlegungsplanung mehr und keine Auftragsvergaben und Kontrollen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, (analog der weiteren Stellen Asyl), um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
113	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Stellvertreter Verwaltung dezentrale Asylunterkünfte, Asyl-Hausmeister Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50101 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E07 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 Einnahmen lt. Antrag 54110 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Hausmeisterin Bereich Asyl; Vertreter des Unterkunftsverwalters und des Auszahler	Verlängerung des KW-Vermerkes; Zwingende Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung zum Betrieb von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger-Unterkünften aktuelle Fallzahlen bestätigen den Bedarf von 3,8 VZÄ (Betreuung von	Haftungsschäden gegenüber dem Vermieter, Schäden an Gebäuden Gefahren durch Nichtbeachtung des Brandschutzes; ferner keine Be- und Verlegungsplanung mehr und keine Auftragsvergaben und Kontrollen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, (analog der weiteren Stellen Asyl), um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
114	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Asyl Hausmeister Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50126 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit E06 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 Einnahmen lt. Antrag 54110 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Hausmeisterin Bereich Asyl	Verlängerung des KW-Vermerkes; Zwingende Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung zum Betrieb von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger-Unterkünften	Haftungsschäden gegenüber dem Vermieter, Schäden an Gebäuden Gefahren durch Nichtbeachtung des Brandschutzes; ferner keine Be- und Verlegungsplanung mehr und keine Auftragsvergaben und Kontrollen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024, (analog der weiteren Stellen Asyl), um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
115	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion Asyl Hausmeister Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50127 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG6 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 Einnahmen lt. Antrag 54110 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Hausmeister/in Bereich Asyl	Verlängerung des KW-Vermerkes; Zwingende Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung zum Betrieb von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger-Unterkünften aktuelle Zufluss von Flüchtlingen aus der Ukraine veranlasst neue Anmietungen von Unterkünften	Haftungsschäden gegenüber dem Vermieter, Schäden an Gebäuden/Gefahren durch Nichtbeachtung des Brandschutzes; ferner keine Be- und Verlegungsplanung mehr und keine Auftragsvergaben und Kontrollen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 (analog der weiteren Stellen Asyl), um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
116	KW-Verlängerung	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylberwerberangelegenheiten Funktion Asyl Hausmeister Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 50128 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG6 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 Einnahmen lt. Antrag 54110 Art der Einnahme Förderung der Regierung v. OBB	Hausmeister/in Bereich Asyl	Verlängerung des KW-Vermerkes; Zwingende Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung zum Betrieb von dezentralen Asylunterkünften und Fehlleger-Unterkünften	Haftungsschäden gegenüber dem Vermieter, Schäden an Gebäuden/Gefahren durch Nichtbeachtung des Brandschutzes; ferner keine Be- und Verlegungsplanung mehr und keine Auftragsvergaben und Kontrollen.	Verlängerung KW-Vermerk 31.12.2024 (analog der weiteren Stellen Asyl), um die Fallzahlen und die Entwicklung im Bereich Asyl weiterhin zu beobachten	Asyl
118a	KW-Verlängerung	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 51/12 Wirtschaftliche Jugendhilfe Funktion Sachbearbeiter/in Jugendhilfe Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 51274 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG9b Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 36325 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Aufgaben in der wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH): Bearbeitung von teilstationären/stationären Hilfen (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung)	Grund für KW erfolgte aufgrund der ungewisser Entwicklung im Bereich UMA (Unbegleitete Minderjährige Ausländer) und Jugendhilfebedarf bei Asylbewerbern. 1. Entwicklung der Fallzahlen: die Fallzahlensteigerung der Jugendhilfe im ASD führt automatisch zu steigenden Fallzahlen in der Sachbearbeitung der Leistungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH) 2. Sonstige Gründe: Abarbeitung der Rückstände und Umsetzung der BTHG ist weitestgehend umgesetzt bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen in der Sachbearbeitung (gem. aktueller Personalbedarfsbemessung 02/2022); Aufgaben weitestgehend unverändert (Antragsprüfung, Bescheiderstellung, Finanzierung, Refinanzierung, etc.); Verschiebung nur innerhalb des Personenkreises; Anteil an UMA ist seit Stellenschaffung deutlich gesunken (0,5 VZÄ) und Anteil an Nicht-UMA-Fällen gestiegen (1,5 VZÄ); Insgesamt werden die Stellen in der WJH nach wie vor im Umfang von je 1,0 VZÄ benötigt (Bedarf gem. PeB bestätigt); lt. Amt hat sich der Bedarf vergrößert.	gem. aktueller Personalbedarfsberechnung ist weiterhin eine Personalbedarf im Umfang von 1,0 VZÄ begründet. Ein Wegfall der KW-Stelle würde zu einem Mehrbedarf in gleicher Höhe führen und zu einer Mehrbelastung der restlichen Kolleg:innen führen; Aufgaben könnten nicht mehr oder nur zeitverzögert erledigt werden. Finanzielle Schäden für die Stadt Ingolstadt sind nicht auszuschließen	KW-Verlängerung für 0,5 VZÄ, 31.12.2024. da Grund für KW (Anteil UMA-Fälle) nicht gänzlich weggefallen	Kinder und Jugend
120	KW-Verlängerung	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 51/2 ASD Allgemeiner Sozialdienst Funktion Sachbearbeiter/in Allgemeiner Sozialdienst Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 51269 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit S14 Kosten (Antrag) in € 73000 Kosten (Orga) in € 73000 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Aufgaben im Allgemeinen Sozialdienst (ASD)	Begründung für die Verstärkung: 1. Entwicklung der Fallzahlen im ASD incl. UMA (gem. PeB-Berechnungen stetiger Anstieg der Fallzahlen im ASD) 2. Nach dem enormen Anstieg von Jugendlichen (UMA (unbegleiteten Minderjährigen) im Rahmen der Flüchtlingswelle im Jahr 2015 hat sich die Unterbringung und Betreuung von UMA in den letzten Jahren zu einer regelmäßigen und konstanten Aufgabe im ASD etabliert. Gem. PeB 02/2022 ergibt sich ein Stellenbedarf von von 1,0 VZÄ (1 VZ-Stelle) im ASD; Bedarf für sog. UMA-Fälle verbleibt stabil auf diesem Niveau; daneben gibt es eine sog. Aufnahmequote (mind. 26 UMA pro Jahr); im Vergleich dazu wurden im Jahr 2021 durch das AJF 42 UMA in Obhut genommen (vorwiegend über Anker-Zentrum)	gesetzliche Pflichtaufgaben können nicht mehr entsprechend des Stellenbedarfs bearbeitet werden; Folgt Übernahme durch vorhandene Mitarbeiter:innen und Gefahr von Überlastung in dem Bereich.	KW-Verlängerung 31.12.2024 da Grund für KW (Anteil UMA-Fälle) nicht gänzlich weggefallen	Kinder und Jugend
121	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet 53/21 Leistungen zur Eingliederung in Ausb. O. Arbeit u. Arbeitsvermittlung f. SGB II Leistungsber. - Team Arbeitgeber, IZS und Flüchtlinge Funktion Sachbearbeiter/-in Arbeitsvermittlung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53117 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG 9c Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 93900 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Arbeitsvermittlung, Beratung und Integration von eLB's mit dem Ziel: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und Vermeidung von LZA	4.278 Leistungsberechtigten im Dez. 2021, 8,4% mehr als bei Schaffung der Stelle. Die Leistungsberechtigten sind in den letzten Monaten gesunken, jedoch benötigen die verbliebenen Kunden eine intensivere Betreuung, um wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden und um den weiteren Anstieg des Langzeitleistungsbezugs entgegen zu wirken. Zudem ist mit einem Rückgang der Fallzahlen auf Stand Januar 2020 aufgrund der Pandemie und der Entwicklung der Kundenstruktur in nächster Zeit nicht zu rechnen. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosen wird sich vor allem im Rechtskreis des SGB III abspielen, da dieser Personenkreis meist mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist und eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher ist. Die Qualifizierung und Weiterbildung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten soll einen höheren Stellenwert bekommen, um eine nachhaltigere Integration zu erreichen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Bei der Umstellung auf Bürgergeld soll der Beratungsauftrag ausgeweitet und der Fallschlüssel herabgesetzt werden.	Betreuungsrelation verschlechtert sich, Arbeitslose können nicht/nicht mehr in der bisherigen Qualität unterstützt werden. Dadurch werden weniger Vermittlungen und Integrationsfortschritte erreicht. Unterbliebene Vermittlungen führen zu höheren Sozialausgaben bei Bund und Stadt. Geringere bzw. nur in längeren Zeiträumen erreichbare Integrationsfortschritte führen zu verlängerten Bezugsdauern und ebenfalls höheren Sozialausgaben. Die Erreichung der mit dem SIIAS vereinbarten Ziele der Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und die Vermeidung von Langzeitleistungsbezug wird gefährdet und die Stadt fällt im öffentlichen Leistungsvergleich der Jobcenter zurück.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung, da Rahmenbedingungen für Übergang auf das Bürgergeld noch nicht abschließend durch Gesetzgeber geregelt. Mehraufwand bezüglich Vermögensprüfung und Mietkosten ist sicher, kann jedoch hinsichtlich Dauer und Umfang noch nicht beziffert werden.	Soziales, Pflege und Senioren
122	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet 53/22 Leistungen zur Eingliederung in Ausb. O. Arbeit u. Arbeitsvermittlung f. SGB II Leistungsber. - Team O 25 Funktion Sachbearbeiter/-in Arbeitsvermittlung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53118 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG 9c Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 93900 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Arbeitsvermittlung, Beratung und Integration von eLB's mit dem Ziel: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und Vermeidung von LZA	4.278 Leistungsberechtigten im Dez. 2021, 8,4% mehr als bei Schaffung der Stelle. Die Leistungsberechtigten sind in den letzten Monaten gesunken, jedoch benötigen die verbliebenen Kunden eine intensivere Betreuung, um wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden und um den weiteren Anstieg des Langzeitleistungsbezugs entgegen zu wirken. Zudem ist mit einem Rückgang der Fallzahlen auf Stand Januar 2020 aufgrund der Pandemie und der Entwicklung der Kundenstruktur in nächster Zeit nicht zu rechnen. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosen wird sich vor allem im Rechtskreis des SGB III abspielen, da dieser Personenkreis meist mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist und eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher ist. Die Qualifizierung und Weiterbildung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten soll einen höheren Stellenwert bekommen, um eine nachhaltigere Integration zu erreichen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Bei der Umstellung auf Bürgergeld soll der Beratungsauftrag ausgeweitet und der Fallschlüssel herabgesetzt werden.	Betreuungsrelation verschlechtert sich, Arbeitslose können nicht/nicht mehr in der bisherigen Qualität unterstützt werden. Dadurch werden weniger Vermittlungen und Integrationsfortschritte erreicht. Unterbliebene Vermittlungen führen zu höheren Sozialausgaben bei Bund und Stadt. Geringere bzw. nur in längeren Zeiträumen erreichbare Integrationsfortschritte führen zu verlängerten Bezugsdauern und ebenfalls höheren Sozialausgaben. Die Erreichung der mit dem SIIAS vereinbarten Ziele der Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und die Vermeidung von Langzeitleistungsbezug wird gefährdet und die Stadt fällt im öffentlichen Leistungsvergleich der Jobcenter zurück.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung, da Rahmenbedingungen für Übergang auf das Bürgergeld noch nicht abschließend durch Gesetzgeber geregelt. Mehraufwand bezüglich Vermögensprüfung und Mietkosten ist sicher, kann jedoch hinsichtlich Dauer und Umfang noch nicht beziffert werden.	Soziales, Pflege und Senioren

Ref. Nr.	Art des Antrags (Orga)	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
123	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet Lebensunterhalts - Team 1 Funktion Leistungssachbearbeiter Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53113 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG 9c Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 93900 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Leistungssachbearbeitung Bearbeitung von Neuanträgen ALG II (Bewilligung und Ablehnung) sowie Entscheidung von Weiterbewilligungsanträgen	In den letzten Monaten war ein Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu beobachten. Es wird jedoch mit einem weniger starken Rückgang im weiteren Verlauf gerechnet. Im Dezember 2021 lag die Fallzahlensteigerung - trotz Rückgang - bei 6,6% im Vergleich zum Zeitpunkt der Stellenschaffung im Jahr 2020. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosen wird sich vor allem im Rechtskreis des SGB III abspielen, da dieser Personenkreis meist mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist und eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher ist. Bei Übergang zum Bürgergeld wird für die Dauer von zwei Jahren keine Vermögensprüfung und auch keine Überprüfung der Mietkosten durchgeführt. Dies wird zu einem Anstieg der Fallzahlen führen. Auch die Umstellung auf die vertikale Berechnung wird Zeit in Anspruch nehmen.	Leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger haben einen verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch auf (kurzfristige) Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums. Zu lange Bearbeitungszeiten führen zu Bürgerbeschwerden und zu verlorenen Eilverfahren; Reduzierung Qualität führt zu steigenden Widersprüchen und verlorenen Hauptsacheverfahren sowie zu finanziellen Mehrausgaben der Stadt und des Bundes für SGB II Leistungen, wenn Ansprüche nicht mehr geprüft/erkannt werden und Rückforderungen nicht /nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Bund könnte Stadt wegen Organisationsverschulden in Haftung nehmen. Länger andauernde Überlastung bedingt abnehmende Mitarbeiterzufriedenheit und steigende Krankheitsfälle.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung, da Rahmenbedingungen für Übergang auf das Bürgergeld noch nicht abschließend durch Gesetzgeber geregelt. Mehraufwand bezüglich Vermögensprüfung und Mietkosten ist sicher, kann jedoch hinsichtlich Dauer und Umfang noch nicht beziffert werden.	Soziales, Pflege und Senioren
124	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet Lebensunterhalts - Team 1 Funktion Leistungssachbearbeiter Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53111 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG 9c Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 93900 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Leistungssachbearbeitung Bearbeitung von Neuanträgen ALG II (Bewilligung und Ablehnung) sowie Entscheidung von Weiterbewilligungsanträgen	In den letzten Monaten war ein Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu beobachten. Es wird jedoch mit einem weniger starken Rückgang im weiteren Verlauf gerechnet. Im Dezember 2021 lag die Fallzahlensteigerung - trotz Rückgang - bei 6,6% im Vergleich zum Zeitpunkt der Stellenschaffung im Jahr 2020. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosen wird sich vor allem im Rechtskreis des SGB III abspielen, da dieser Personenkreis meist mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist und eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher ist. Bei Übergang zum Bürgergeld wird für die Dauer von zwei Jahren keine Vermögensprüfung und auch keine Überprüfung der Mietkosten durchgeführt. Dies wird zu einem Anstieg der Fallzahlen führen. Auch die Umstellung auf die vertikale Berechnung wird Zeit in Anspruch nehmen.	Leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger haben einen verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch auf (kurzfristige) Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums. Zu lange Bearbeitungszeiten führen zu Bürgerbeschwerden und zu verlorenen Eilverfahren; Reduzierung Qualität führt zu steigenden Widersprüchen und verlorenen Hauptsacheverfahren sowie zu finanziellen Mehrausgaben der Stadt und des Bundes für SGB II Leistungen, wenn Ansprüche nicht mehr geprüft/erkannt werden und Rückforderungen nicht /nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Bund könnte Stadt wegen Organisationsverschulden in Haftung nehmen. Länger andauernde Überlastung bedingt abnehmende Mitarbeiterzufriedenheit und steigende Krankheitsfälle.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung, da Rahmenbedingungen für Übergang auf das Bürgergeld noch nicht abschließend durch Gesetzgeber geregelt. Mehraufwand bezüglich Vermögensprüfung und Mietkosten ist sicher, kann jedoch hinsichtlich Dauer und Umfang noch nicht beziffert werden.	Soziales, Pflege und Senioren
125	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet Lebensunterhalts - Team 1 Funktion Leistungssachbearbeiter Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53115 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit A10/EG 9c Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 72650 Einnahmen lt. Antrag 93900 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Leistungssachbearbeitung Bearbeitung von Neuanträgen ALG II (Bewilligung und Ablehnung) sowie Entscheidung von Weiterbewilligungsanträgen	In den letzten Monaten war ein Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu beobachten. Es wird jedoch mit einem weniger starken Rückgang im weiteren Verlauf gerechnet. Im Dezember 2021 lag die Fallzahlensteigerung - trotz Rückgang - bei 6,6% im Vergleich zum Zeitpunkt der Stellenschaffung im Jahr 2020. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosen wird sich vor allem im Rechtskreis des SGB III abspielen, da dieser Personenkreis meist mehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist und eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher ist. Bei Übergang zum Bürgergeld wird für die Dauer von zwei Jahren keine Vermögensprüfung und auch keine Überprüfung der Mietkosten durchgeführt. Dies wird zu einem Anstieg der Fallzahlen führen. Auch die Umstellung auf die vertikale Berechnung wird Zeit in Anspruch nehmen.	Leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger haben einen verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch auf (kurzfristige) Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums. Zu lange Bearbeitungszeiten führen zu Bürgerbeschwerden und zu verlorenen Eilverfahren; Reduzierung Qualität führt zu steigenden Widersprüchen und verlorenen Hauptsacheverfahren sowie zu finanziellen Mehrausgaben der Stadt und des Bundes für SGB II Leistungen, wenn Ansprüche nicht mehr geprüft/erkannt werden und Rückforderungen nicht /nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Bund könnte Stadt wegen Organisationsverschulden in Haftung nehmen. Länger andauernde Überlastung bedingt abnehmende Mitarbeiterzufriedenheit und steigende Krankheitsfälle.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung, da Rahmenbedingungen für Übergang auf das Bürgergeld noch nicht abschließend durch Gesetzgeber geregelt. Mehraufwand bezüglich Vermögensprüfung und Mietkosten ist sicher, kann jedoch hinsichtlich Dauer und Umfang noch nicht beziffert werden.	Soziales, Pflege und Senioren
126	KW-Verlängerung	V	Jobcenter	Sachgebiet Lebensunterhalts - Servicebereich Funktion Sachbearbeiter/-in Servicestelle Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZÄ) (-) Nummer der Planstelle 53109 aktueller KW-Vermerk 31.12.2022 KW-Vermerk (Antrag) unbefristet KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit EG 7 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 Einnahmen lt. Antrag 77947 Art der Einnahme Verwaltungs-kostenerstattung durch den Bund	Digitalisierung Posteingang	Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den letzten Monaten. Es wird jedoch mit einem weniger starken Rückgang im weiteren Verlauf gerechnet. Im Dezember 2021 lag die Fallzahlensteigerung - trotz Rückgang - bei 6,8% im Vergleich zum Zeitpunkt der Stellenschaffung im Jahr 2020. Der erleichterte Zugang zum SGB II ist weiterhin bis 31.03.2022 gegeben - Option zur Verlängerung bis 31.12.2022. Nach Beendigung ist eine Vermögensprüfung und eine Überprüfung der Angemessenheit der Miete durchzuführen. Dies führt zu einem vermehrten Arbeitsaufwand. Steigerung des Postaufkommens (Scannen der eingehenden Poststücke, Aufbereitung für weitere Sachbearbeitung) seit Beginn der Pandemie allein im Leistungsbereich um 12%, sowie der Ablehnungsquote seit März 2020 um 36%. Mit Einführung der Neuregelungen wird weiterhin mit einer höheren Ablehnungsquote gerechnet.	Leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger haben einen verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch auf (kurzfristige) Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums. Verzögerungen in der Postbearbeitung können auch längere Bearbeitungszeiten in den anderen Bereichen des Jobcenters nachschleppen. Diese führen zur Steigerung der Bürgerbeschwerden und zu verlorenen Eilverfahren; Reduzierung Qualität führt zu steigenden Widersprüchen und verlorenen Hauptsacheverfahren sowie zu finanziellen Mehrausgaben der Stadt und des Bundes für SGB II Leistungen, wenn Ansprüche nicht mehr geprüft/erkannt werden und Rückforderungen nicht /nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Bund könnte Stadt wegen Organisationsverschulden in Haftung nehmen. Länger andauernde Überlastung bedingt abnehmende Mitarbeiterzufriedenheit und steigende Krankheitsfälle.	Prognostizierte Fallzahlen für KW-Wegfall nicht erreicht. Empfehlung KW-Verlängerung um 2 Jahre, da deutliche Steigerung im Postaufkommen und der Ablehnungsquote welche in den Fallzahlen nicht erfasst werden. Künftig höhere Ablehnungsquote sehr wahrscheinlich.	Digitalisierung und IT
				Umfang (Antrag) 30 Umfang (Orga) 30 Kosten (Antrag) in € 1964902 Kosten (Orga) in € 1964902					